

RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten **Schabl** und **Doppler**

zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds, Jahresbericht 2001, Ltg.Zl. 1003,

betreffend Erhaltung von Tourismusressourcen

Das Land Niederösterreich investiert im Rahmen des NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds beträchtliche Mittel zur Verbesserung des touristischen Angebotes und zur Schaffung einer qualitativ hochwertigen Tourismus-Infrastruktur in Niederösterreich. Um jedoch die gewünschte Wertschöpfung im Bereich der Tourismuswirtschaft erreichen zu können, muss alles unternommen werden, um die vorhandenen touristischen Ressourcen zu erhalten. Im Gegensatz zu diesen Bestrebungen hat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft 176 ha Wald des Bundes im Gemeindegebiet von Furth/Triesting an einen privaten Interessenten verkauft, wobei auch eine Interessensgemeinschaft von 15 Landwirten aus der Region ihr Interesse an diesen Forstflächen angemeldet hatte. Obwohl das von der landwirtschaftlichen Interessensgemeinschaft initiierte Verfahren vor der Grundverkehrskommission noch nicht abgeschlossen ist, wurden vom neuen Eigentümer bereits großflächige Schlägerungen durchgeführt. Diese Schlägerungen gefährden nicht nur die touristische Qualität der Region, sondern können auch nachhaltig die Hochwasserschutzfunktion des Waldes im Triestingtal beeinträchtigen.

Die bereits erfolgten und noch geplanten Schlägerungen, die unter äußerster Ausnutzung des Forstgesetzes stattfinden, überschreiten bei weitem das Ausmaß, welches bäuerliche Waldeigentümer in diesem Gebiet tätigen. Eine laufende Überprüfung auf Einhaltung der forstgesetzlichen Bestimmungen findet statt und es wird auch weiter eine verschärfte Kontrolle und Überprüfung durchgeführt.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung und im Wege der Bundesregierung sowie durch eigene Maßnahmen die Frage des Schlägerungsumfanges sowie des Schlägerungszeitpunktes zu klären und bei der Bundesregierung darauf zu drängen, dass künftige Waldverkäufe nur sehr eingeschränkt und an die landwirtschaftlichen Interessenten der Region erfolgen sollen.